



## Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

### **Wissenschafts- und Studienplatzstandort nachhaltig sichern!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zur 17. Tagung des Landtages schriftlich über eine nachhaltige Planung im Bereich der Masterstudienplätze in Schleswig-Holstein zu berichten.

Der Bericht soll u. a. folgende Punkte beinhalten:

- 1) Bestandsaufnahme der aktuellen Anzahl an konsekutiven und nicht-konsekutiven Masterstudiengängen (inkl. Anzahl an Studienplätzen aufgeteilt auf die unterschiedlichen Hochschulen),
- 2) Zulassungsbeschränkungen für die Masterstudienplätze an den Schleswig-Holsteinischen Hochschulen (pro Studiengang und Hochschule),
- 3) Verhältnis Bewerberzahl / Anzahl an Masterstudienplätzen bei nichtkonsekutiven Studiengängen (pro Studiengang und insgesamt),
- 4) Verhältnis Bachelorstudienplatzkontingente zu Masterstudienplatzkontingenten bei konsekutiven Studiengängen (pro Studiengang und Hochschule),
- 5) Verhältnis Bewerberzahl für Masterstudienplätze zu Anzahl an Masterstudienplätzen (pro Studiengang und Hochschule),
- 6) Prognostizierter Mehrbedarf an Masterstudienplätzen bei steigender Anzahl an Bachelorabsolventen, nicht zuletzt aufgrund des Hochschulpakts 2,

- 7) konkrete Maßnahmen und Positionierung der Landesregierung, um dem Mehrbedarf an Masterstudienplätzen, ggf. durch Sonderprogramme, gerecht zu werden,
- 8) Positionierung der Landesregierung um die Durchlässigkeit an den Hochschulen zum Masterstudium zu erhöhen.

**Begründung:**

Durch das Aussetzen der Wehrpflicht und dem Hochschulpakt 2 werden in den nächsten Jahren über 10.000 neue Bachelorstudienplätze an den Schleswig-Holsteinischen Hochschulen entstehen.

Gleichzeitig fordern Bundesministerin Schavan, Arbeitgeberorganisationen (BDI, BDA), Gewerkschaften, Studierendenvertreter und die Hochschulrektorenkonferenz übereinstimmend den Master als Studienform qualitativ und quantitativ aufzuwerten.

Wenn Schleswig-Holstein nicht zügig handelt bekommen wir in wenigen Jahren ein Problem junge Akademiker im Land zu halten.

Rasmus Andresen  
und Fraktion